

# Antragsbereich D: Antifaschismus, Demokratie und Kampf gegen Rechts

Antrag D2\_15/1

---

1 Antragssteller\*in: Juso-Hochschulgruppe Münster

2  
3 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

## 5 **D2\_15/1 Kein Vergeben, Kein Vergessen - Re-** 6 **parationsschulden endlich begleichen!**

7  
8 Seit Anfang April im griechischen Parlament von Vize-Finanzminister Dimitris Mardas konkrete  
9 Zahlen für die Reparationsschuld der Bundesrepublik durch die Kriegsverbrechen des Zweiten  
10 Weltkrieges genannt wurden, ist zum ersten Mal seit Jahren eine Debatte über ausstehende Re-  
11 parationsschulden in der Bundesrepublik entbrannt.

12  
13 Für uns ist von vornherein klar, dass kein Geld der Welt das grauenvolle Leid, das das Deutsche  
14 Reich unter der Nazi-Diktatur über Griechenland und den Rest der Welt gebracht hat, wieder  
15 gutmachen kann. Es hat lediglich symbolischen Charakter, selbst 70 Jahre nach Kriegsende.

16  
17 Wir fordern eine ernsthafte und neu aufgelegte Auseinandersetzung mit der Frage nach offenen  
18 Reparationsschulden und deren sofortige Begleichung. Wenn der SPD-Vorsitzende und Bundes-  
19 wirtschaftsminister Sigmar Gabriel es beispielsweise als „dumm“ bezeichnet, die Frage nach  
20 Reparationszahlungen mit den laufenden Verhandlungen über Kredithilfen zu vermischen, ver-  
21 sucht er nichts anderes, als das Thema vom Tisch zu wischen. Eine Auseinandersetzung verwei-  
22 gert er von vornherein. Nur um anschließend das Reparationsthema sowohl für politisch als auch  
23 für juristisch abgeschlossen zu erklären. Viel zu lange schon haben sich die Regierungen der BRD  
24 und auch der DDR mit juristischen Spitzfindigkeiten vor der Entschädigung anderer Staaten ge-  
25 drückt. Solche Forderungen lassen sich so einfach nicht abtun, sie sind eben nicht nur juristische  
26 Probleme, sondern verlangen nach feinfühligem politischen Lösungen.

27  
28 Insbesondere die Tatsache, dass sich in der Vergangenheit damit beholfen wurde, dass es bis  
29 heute keinen richtigen Friedensvertrag gäbe, aus dem sich Reparationsforderungen ableiten las-  
30 sen könnten, lehnen wir ab. Mit dem Zwei-Plus-Vier-Vertrag und der Wiedervereinigung der BRD  
31 und der DDR seien alle Reparationsfragen erledigt, wird argumentiert. In diesem Vertrag wird  
32 jedoch kein Wort über Reparationen verloren. Außerdem waren Griechenland und viele andere  
33 Länder an diesen Verhandlungen nicht beteiligt und haben nie einem Verzicht auf Reparations-  
34 zahlungen zugestimmt. Die damalige Regierung der Bundesrepublik hat Länder wie Griechenland  
35 bei den Verhandlungen vielmehr bewusst vom Verhandlungstisch ferngehalten und überdies jede  
36 Formulierung vermieden, aus der sich Entschädigungen hätten ableiten lassen.

37  
38 Griechenland hat deshalb in den 1990er Jahren die Forderungen mehrfach verdeutlicht, dass die  
39 Bundesrepublik als juristische Nachfolgerin für solche Forderungen belangt werden können muss.  
40 Ebenfalls macht man es sich zu leicht, die Forderungen mit einem Verweis auf die Schuldenkrise  
41 in Griechenland abzutun, schließlich bestehen Forderungen schon seit Kriegsende und wurden nie  
42 ausreichend beglichen. Hierbei ist es unserer Ansicht nach besonders wichtig, dass nicht nur bila-

43 terale Zahlungen an Griechenland fließen, sondern gerade die Opfer und deren Hinterbliebenen  
44 angemessen entschädigt werden.

45

46 Doch wie setzt sich diese Summe, die mit 278 bis 330 Milliarden Euro beziffert wird, zusammen?  
47 Wie in allen vom nationalsozialistischen Deutschland besetzten Ländern waren auch in Griechen-  
48 land Verfolgung, Hinrichtungen und Unterdrückung an der Tagesordnung. Obwohl der große Teil  
49 Griechenlands vom faschistischen Italien besetzt war, behielten sich die deutschen Nationalso-  
50 zialist\*innen das Recht vor, auch die Teile des Landes wirtschaftlich auszubeuten, die nicht di-  
51 rekt der deutschen Besatzungsmacht unterstanden. Den größten Teil der heute erhobenen Forde-  
52 rungen machen daher die Entschädigungszahlungen an Überlebende und Hinterbliebene sowie  
53 Schadensersatz für die zerstörte Infrastruktur aus. Wir machen keinen makaberen Unterschied  
54 zwischen der Hinrichtung von Kriegsgefangenen, den Massakern an der Zivilbevölkerung oder der  
55 Ermordung von Menschen durch die Beschlagnahmung von Lebensmitteln. Mord ist Mord und ver-  
56 jährt auch juristisch nicht. Wir fordern daher die angemessene Entschädigung für die Opfer von  
57 Besatzung, Verfolgung, Partisan\*innenkampf gegen das faschistische Regime und der systemati-  
58 schen Ausplünderung des Landes. Die Leistung dieser Reparationsschulden kann auf unterschied-  
59 liche Arten erfolgen, denkbar ist es beispielsweise eine Stiftung ins Leben zu rufen, die sich der  
60 gerechten Verteilung des Geldes annimmt.

61

62 Außerdem wurde die griechische Kollaborationsregierung 1942 aber dazu gezwungen, Nazi-  
63 Deutschland eine zinslose Zwangsanleihe zu gewähren. Bei Kriegsende waren davon noch 476  
64 Millionen Reichsmark offen, dies entspricht nach verschiedenen Schätzungen heute etwa 11 Mil-  
65 liarden Euro. Dieser Kredit ist durch keine Rückzahlung abgegolten oder durch Reparationszah-  
66 lungen erledigt. Die griechischen Forderungen an die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des  
67 Deutschen Reiches sind daher absolut berechtigt. Der Zwangskredit ist mitsamt Zinsen deshalb  
68 schnellstmöglich zurückzuzahlen.

69

70 Einher mit der Rückzahlung des Kredites und der Leistung angemessener Reparationszahlungen  
71 an den griechischen Staat sowie die Hinterbliebenen der Opfer muss aber die Aufarbeitung der  
72 nationalsozialistischen Verbrechen und ihrer Verschleierung in der Nachkriegsgeschichte gehen.  
73 Deutsche Massaker hat es nicht nur in Griechenland, sondern in allen von Nazi-Deutschland be-  
74 setzten Ländern gegeben. Nicht nur in Distomo, auch im französischen Oradour, im ukrainischen  
75 Babyn Jar und an vielen anderen Orten in Europa ermordeten SS und Wehrmacht tausende Zivi-  
76 list\*innen bestialisch. Das menschenverachtende Herunterspielen von faschistischen Verbrechen  
77 gegen die Menschheit lehnen wir ab. Nationalsozialistische Gräueltaten sind eben keine „legiti-  
78 men Mittel der Kriegsführung“ sondern im Gegenteil Akte der Barbarei.

79

80 Es muss endlich festgestellt werden, welche weiteren Länder und welche Menschen berechnete  
81 Forderungen wie Griechenland und die dortigen Überlebenden und Hinterbliebenen haben, damit  
82 diese ebenfalls beglichen werden können. Dabei ist jedoch darauf zu achten, dass keine zu ho-  
83 hen Anforderungen an die Beweiskraft der Opfer für Verbrechen der nationalsozialistischen Be-  
84 satzer\*innen gestellt werden. Dies ist 70 Jahre nach Kriegsende vielfach auch einfach nicht mehr  
85 möglich. Schwierigkeiten in der Beweisführung dürfen deshalb nicht zu Ungunsten der Opfer und  
86 derer Angehöriger ausgelegt werden.